

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

17. WP - 54. Sitzung

am Mittwoch, dem 28. März 2012, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Schröder (SPD)	Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Markus Matthießen (CDU)	
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)	i. V. von Hans-Jörn Arp
Jürgen Weber (SPD)	i. V. von Regina Poersch
Marion Sellier (SPD)	
Katharina Loedige (FDP)	i. V. von Oliver Kumbartzky
Christopher Vogt (FDP)	
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Björn Thoroë (DIE LINKE)	
Lars Harms (SSW)	

Weitere Abgeordnete

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Karsten Jasper (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Einzelbetriebliche Investitionsförderung	6
Antrag der Fraktion der SPD Umdrucke 17/3619, 17/3855	
2. Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1427	
hierzu: Umdrucke 17/2694, 17/2734, 17/2738, 17/2744, 17/2763, 17/2855, 17/2860, 17/2863, 17/2866, 17/2868, 17/2869, 17/2879, 17/2893, 17/2905, 17/3569, 17/3570, 17/3590, 17/3591, 17/3602	
3. Beschäftigungsmöglichkeiten für von den Standortschließungen der Bundeswehr betroffene zivile Mitarbeiter schaffen	8
Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 17/2255	
4. Beibehaltung der Sportbootführerscheinpflicht für Boote ab 3,68 kw (5 PS)	10
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/2252	
5. Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein	12
Antwort der Landesregierung Drucksache 17/1043	
hierzu: Umdrucke 17/2632, 17/2636, 17/2646, 17/2687, 17/2714, 17/2785, 17/2797, 17/2809, 17/2812, 17/2813, 17/2814, 17/2817, 17/2818, 17/2819, 17/2820, 17/2821, 17/2828, 17/2845, 17/2846, 17/2853, 17/3420	

6. Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern **13**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1771](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (selbstständig)

[Drucksache 17/1821](#) (neu) - 2. Fassung

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (selbstständig)

[Drucksache 17/1833](#)

hierzu: [Umdrucke 17/2991, 17/3013, 17/3019, 17/3020, 17/3026, 17/3078, 17/3203, 17/3261, 17/3267, 17/3274, 17/3281, 17/3282, 17/3303, 17/3335, 17/3358](#)

7. a) Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen **14**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1958](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/2009](#)

b) Lohnuntergrenzen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1977](#)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/1994](#)

hierzu: [Umdrucke 17/3108, 17/3275, 17/3276, 17/3302](#) (neu), [17/3317, 17/3323, 17/3325, 17/3336, 17/3404, 17/3416, 17/3460, 17/3479, 17/3487, 17/3488, 17/3491, 17/3500, 17/3508, 17/3513, 17/3514, 17/3525, 17/3526, 17/3527, 17/3528, 17/3529, 17/3549, 17/3593](#)

8. Rentenkürzung nicht zulassen - Rente mit 67 zurücknehmen! **15**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/2189](#)

hierzu: [Umdruck 17/3851](#)

9. Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation **16**

Bericht der Enquetekommission

[Drucksache 17/2230](#)

- 10. Rückstellungen für AKW-Stillegung insolvenz sicher machen** **17**
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/2092](#)
- 11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Grundsätze zur Entwicklung des Landes (Landesentwicklungsgrundsatzgesetz)** **18**
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
[Drucksache 17/1359](#)
hierzu: [Umdrucke 17/2274](#), [17/3485](#), [17/3671](#), [17/3698](#), [17/3703](#), [17/3756](#),
[17/3774](#), [17/3776](#), [17/3777](#), [17/3778](#), [17/3788](#), [17/3791](#),
[17/3796](#), [17/3797](#), [17/3807](#), [17/3808](#), [17/3810](#), [17/3811](#),
[17/3817](#), [17/3834](#), [17/3838](#)
- 12. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes (KAG)** **19**
Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/2151](#)
- Selbstbefassung gem. Art. 17 LV i. V. m. § 14 Abs. 1 GeschO -
- 13. Verschiedenes** **20**

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Einzelbetriebliche Investitionsförderung

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdrucke 17/3619, 17/3855](#)

St'in Dr. Zieschang erläutert die „Neufassung der Ergänzenden Grundsätze für die einzelbetriebliche Investitionsförderung im Rahmen des Zukunftsprogramms Wirtschaft“, Vorlage des MWV vom 22. Februar 2012, [Umdruck 17/3619](#).

Ohne Aussprache nehmen die Ausschussmitglieder die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Situation von Älteren auf dem Arbeitsmarkt

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1427](#)

(überwiesen am 1. Juli 2011 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke](#) [17/2694](#), [17/2734](#), [17/2738](#), [17/2744](#), [17/2763](#), [17/2855](#),
[17/2860](#), [17/2863](#), [17/2866](#), [17/2868](#), [17/2869](#), [17/2879](#),
[17/2893](#), [17/2905](#), [17/3569](#), [17/3570](#), [17/3590](#), [17/3591](#),
[17/3602](#)

Abg. Thoroë spricht die Zahl der Langzeitarbeitslosen an, die in den letzten Jahren stetig gestiegen sei, obwohl sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas entspannt habe und man vermehrt von Fachkräftemangel spreche.

Abg. Sellier fragt, inwieweit die Landesregierung bei ihren Feststellungen zur Arbeitsmarktsituation von Älteren auf Erkenntnisse der Antidiskriminierungsstelle zurückgegriffen habe.

RD Pohl sagt eine schriftliche Beantwortung zu. - Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung, [Drucksache 17/1427](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Beschäftigungsmöglichkeiten für von den Standortschließungen der Bundeswehr betroffene zivile Mitarbeiter schaffen

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/2255](#)

(überwiesen am 23. Februar 2012)

Abg. Harms unterstreicht einleitend, dass es dem SSW mit dem Antrag nicht nur darum gehe, den Beschäftigten den Arbeitsplatz zu retten, sondern dass es vielmehr darum gehe, die Kompetenzen, die diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten, in der Region zu halten.

Abg. Magnussen verweist auf die fraktionsübergreifend vom Wirtschaftsausschuss erarbeitete Resolution betr. Standortschließungen der Bundeswehr, die vom Landtag verabschiedet worden sei und in der auch die Zivilangestellten mit dem Ziel erwähnt worden seien, sie im Land zu halten.

Abg. Dr. Tietze lenkt den Blick auf den Tarifvertrag für die im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unter den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst fielen und deren Arbeitsplätze in der Zeit vom 1. Juni 2001 bis zum 31. Dezember 2017 durch Auflösung oder Verkleinerung von Dienststellen oder durch eine wesentliche Änderung des Aufbaus oder der Aufgaben einer Dienststelle einschließlich damit verbundener Umgliederung oder Verlegung aufgrund der Neuausrichtung der Bundeswehr wegfielen. In diesem Tarifvertrag seien eine Reihe von Forderungen, die in dem Antrag des SSW enthalten seien, geregelt. Er spricht sich deshalb dafür aus, jetzt keinen zusätzlichen Versorgungsgedanken in diese Thematik hineinzubringen.

Abg. Sellier erklärt, ihre Fraktion stimme dem SSW-Antrag zu, weil man wegen des demographischen Wandels auch in Schleswig-Holstein mit erhöhtem Fachkräftemangel rechnen müsse. Auch ihre Fraktion vertrete die Auffassung, dass Zivilbeschäftigte der Bundeswehr, deren Arbeitsplätze durch Auflösung oder Verkleinerung von Dienststellen wegfielen, bevorzugt werden sollten.

Abg. Vogt schließt sich der Auffassung von Abg. Dr. Tietze an und verneint die Notwendigkeit des SSW-Antrags. Die in dem Antrag erhobenen Forderungen seien weitestgehend erfüllt.

Abg. Thoroë signalisiert Zustimmung zu dem Antrag, denn er intendiere keineswegs einen Versorgungsgedanken. Im Übrigen weist er darauf hin, dass in der von Abg. Magnussen erwähnten Resolution die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zivilbereich nicht erwähnt seien.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE und SSW sowie bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag [Drucksache 17/2255](#) abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Beibehaltung der Sportbootführerscheinplicht für Boote ab 3,68 kw
(5 PS)**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/2252](#)

(überwiesen am 24. Februar 2012)

Abg. Dr. Tietze verweist zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf, dass auf Bundesebene diskutiert werde, die Grenze für eine Sportbootführerscheinplicht von 5 PS auf 15 PS zu erhöhen. Er argumentiert, allein schon die Verkehrsdichte auf der Wasserfläche der Kieler Förde lasse befürchten, dass eine Anhebung der Führerscheingrenze auf den deutschen Wasserstraßen problematischen Verkehrssituationen Tür und Tor öffnen würde. Wenn es sich bei dieser Rechtsmaterie auch um eine Bundesangelegenheit handele, so sollte man doch der von der Wasserschutzpolizei in Schleswig-Holstein diesbezüglich vorgetragene Besorgnis Rechnung tragen, dass eine Erhöhung der Grenze für die Sportbootführerscheinplicht die ohnehin schon gefährlichen Lagen auf dem Wasser erhöhen würde.

Abg. Hamerich verweist auf die bestehenden Regelungen in Großbritannien und in Holland, wo es keine Sportbootführerscheinplicht gebe. Auch im Blick auf die Regelungen in fast allen europäischen Ländern halte die CDU-Fraktion eine Ausweitung der Grenze von 5 PS auf 15 PS, wie es jetzt auf Bundesebene geregelt werden solle, auch unter Gesichtspunkten der Tourismusförderung für angezeigt. Außerdem könne man wohl auch nicht davon sprechen, dass Sportboote mit einem 15-PS-Motor „rasante“ Fahrten zuließen.

Abg. Harms sieht das Grundproblem nicht darin, wie viel PS ein Boot habe, sondern in den Regelungen, die die Fahrgeschwindigkeit auf den Gewässern bestimmen. Außerdem erkundigt er sich nach dem Verwaltungsaufwand für den Erwerb des Sportbootführerscheins.

Abg. Dr. Tietze unterstreicht, dass es zwar richtig sei, dass es Küstenländer gebe, in denen es keine Führerscheinplicht gebe, aber richtig sei auch, dass sich die Unfallhäufigkeit ohne Führerscheinplicht auf dem Wasser erhöhen werde. Im Übrigen und nicht zuletzt spielten bei dieser Thematik auch Naturschutzgesichtspunkte eine Rolle.

AL Meienberg verweist auf bereits heute bestehende Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der Kieler Förde wie auch auf der Eider und ihren Zuflüssen. Dort, wo es Gefahrenpunkte

gebe, seien auch Geschwindigkeitsbeschränkungen geregelt. Insofern spielten hier nicht die Führerscheinplicht, sondern Geschwindigkeitsbeschränkungen und entsprechende Verkehrszeichen eine Rolle. - Der Kostenaufwand für den Sportbootführerscheinanwärter wird vom Fachreferat des MWV mit ein paar 100 € für den entsprechenden Kursus sowie mit 50 bis 80 € Prüfungsgebühr angegeben.

AL Meienburg betont abschließend, dass das Bundesverkehrsministerium sich eventueller Sicherheitsbedenken bewusst sei. Dies gelte selbstredend auch für das Land Schleswig-Holstein. Im weiteren Verfahren werde der Bundesverkehrsminister deshalb auch bis Mai einen Verordnungsentwurf vorlegen, zu dem die Länder um Stellungnahme gebeten werden würden. In diesem Verfahren werde auch Schleswig-Holstein Sicherheitsbedenken vortragen und Anregungen zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf den Wasserstraßen einbringen.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion schlugen die Ausschussmitglieder dem Landtag mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE vor, den Antrag [Drucksache 17/2252](#) abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung

[Drucksache 17/1043](#)

(überwiesen am 25. Februar 2011 an den **Sozialausschuss**, den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 17/2632](#), [17/2636](#), [17/2646](#), [17/2687](#), [17/2714](#), [17/2785](#),
[17/2797](#), [17/2809](#), [17/2812](#), [17/2813](#), [17/2814](#), [17/2817](#),
[17/2818](#), [17/2819](#), [17/2820](#), [17/2821](#), [17/2828](#), [17/2845](#),
[17/2846](#), [17/2853](#), [17/3420](#)

Ohne Aussprache nehmen die Ausschussmitglieder die Antwort der Landesregierung, [Drucksache 17/1043](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Soziale Ausrichtung und finanzielle Grundlagen der Arbeitsförderung sichern

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1771](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (selbstständig)

[Drucksache 17/1821](#) (neu) - 2. Fassung

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP (selbstständig)

[Drucksache 17/1833](#)

(überwiesen am 16. September 2011 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/2991, 17/3013, 17/3019, 17/3020, 17/3026, 17/3078, 17/3203, 17/3261, 17/3267, 17/3274, 17/3281, 17/3282, 17/3303, 17/3335, 17/3358](#)

Die Frage von Abg. Thoro, wie die Landesregierung angesichts des Fachkräftemangels die künftigen Möglichkeiten einer Integration von Langzeitarbeitslosen durch die vorgenommene Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente bewerte, wird von RD Pohl schriftlich beantwortet werden.

Sodann spricht der Ausschuss an das Plenum folgende Voten zu den Anträgen aus:

- Ablehnung des Antrags [Drucksache 17/1821](#) (neu) - 2. Fassung - mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der LINKEN,
- Ablehnung des Antrags [Drucksache 17/1771](#) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW,
- Annahme des Änderungsantrags der Fraktionen von CDU und FDP (selbstständig), [Drucksache 17/1833](#), mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW.

Punkt 7 der Tagesordnung:

a) Fairness auf dem Arbeitsmarkt - Mindestlohn jetzt einführen

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1958](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/2009](#)

b) Lohnuntergrenzen

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/1977](#)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/1994](#)

(überwiesen am 17. November 2011 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/3108, 17/3275, 17/3276, 17/3302](#) (neu), [17/3317, 17/3323, 17/3325, 17/3336, 17/3404, 17/3416, 17/3460, 17/3479, 17/3487, 17/3488, 17/3491, 17/3500, 17/3508, 17/3513, 17/3514, 17/3525, 17/3526, 17/3527, 17/3528, 17/3529, 17/3549, 17/3593](#)

Ohne weitere Aussprache unterbreitet der Ausschuss dem federführenden Sozialausschuss folgende Beschlussempfehlungen:

Zu a): Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der LINKEN bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Ablehnung des Antrags [Drucksache 17/2009](#). - Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Ablehnung des Antrags [Drucksache 17/1958](#) (neu).

Zu b): Ablehnung des Änderungsantrags [Drucksache 17/1994](#) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW. - Annahme des Antrags [Drucksache 17/1977](#) mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Renten Kürzung nicht zulassen - Rente mit 67 zurücknehmen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/2189](#)

(überwiesen am 27. Januar 2012 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdruck 17/3851](#)

Auf Vorschlag von Abg. Vogt vertagt der Ausschuss die Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/2189](#) und des Änderungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Umdruck 17/3851](#), auf die April-Sitzung des Ausschusses.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation

Bericht der Enquetekommission

[Drucksache 17/2230](#)

(überwiesen am 22. Februar 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nehmen die Ausschussmitglieder den Bericht der Enquetekommission, [Drucksache 17/2230](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Rückstellungen für AKW-Stillegung insolvenz sicher machen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/2092](#)

(überwiesen am 26. Januar 2012)

Auf Antrag von Abg. Hamerich, zunächst die Jahresbilanzen 2010 abzuwarten und diese zur Grundlage der Entscheidung zu machen, wird die Beratung des Tagesordnungspunkts auf die April-Sitzung des Ausschusses verschoben.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Grundsätze zur
Entwicklung des Landes (Landesentwicklungsgrundsätze-gesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
SSW

[Drucksache 17/1359](#)

(überwiesen am 23. März 2011 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke](#) [17/2274](#), [17/3485](#), [17/3671](#), [17/3698](#), [17/3703](#), [17/3756](#),
[17/3774](#), [17/3776](#), [17/3777](#), [17/3778](#), [17/3788](#), [17/3791](#),
[17/3796](#), [17/3797](#), [17/3807](#), [17/3808](#), [17/3810](#), [17/3811](#),
[17/3817](#), [17/3834](#), [17/3838](#)

Angesichts der Tatsache, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss die Beratung des Gesetzentwurfs in seiner heute Nachmittag stattfindenden Sitzung zurückstellen will, verschieben die Ausschussmitglieder auf Antrag von Abg. Magnussen die Beratung dieses Tagesordnungspunkts auf die April-Sitzung. Dann sollen auf Antrag von Abg. Dr. Tietze auch Vertreter des Innenministeriums zu der Vorlage gehört werden.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes
(KAG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/2151](#)

(überwiesen am 27. Januar 2012 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Finanzausschuss)

- Selbstbefassung gem. Art. 17 LV i. V. m. § 14 Abs. 1 GeschO -

Mit Hinweis auf weiteren Beratungsbedarf mit betroffenen Kommunen und Tourismusverbänden nach Abschluss der hierzu vom federführenden Innen- und Rechtsausschuss durchgeführten Anhörung beantragt Abg. Hamerich die Verschiebung der Beratung des Gesetzentwurfs auf die Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 18. April 2012. - Der Ausschuss folgt diesem Antrag einmütig.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Tietze beantragt, für die nächste Sitzung des Ausschusses am 18. April 2012 die Anwesenheit des Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr sicherzustellen und ihn um einen Bericht zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Verschiebung der Ausweisung neuer Windenergieflächen in Schleswig-Holstein zu bitten. - Die Ausschussmitglieder folgen diesem Antrag einstimmig.

Der Vorsitzende, Abg. Schröder, schließt die Sitzung um 11:20 Uhr.

gez. Bernd Schröder

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer